

Stellungnahme der ProDG-Fraktion/Alfons Velz
Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Plenum vom 21. März 2016

Es gilt das gesprochene Wort!

**Rede zum Dokument 99: Resolutionsvorschlag an die
Föderalregierung und die Regierung der DG bezüglich der
Umsetzung des Atomausstiegs und der Abschaltung der
schadhaften Reaktoren Tihange 2 und Doel 3**

Sehr geehrter Herr Präsident,
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen aus Parlament und Regierung.

Tihange und Doel schlagen seit einiger Zeit wieder einmal hohe Wellen,
vor allem in der angrenzenden Städteregion.

Unser Haus hatte 2013 zu diesem Thema im überparteilichen Konsens
eine Resolution an die Föderalregierung mit ganz klaren und eindeu-
tigen Forderungen auf den Weg gebracht.

Diese Resolution behält bis zum heutigen Tage ihre völlige Richtigkeit
und Gültigkeit – vor allem, seit die Föderalregierung auf der Grundlage
der Analysen der nationalen Atomaufsichtsbehörde FANC ihr Einver-
ständnis gegeben hat, die beiden umstrittenen Reaktoren wieder hoch-
zufahren.

Und so sahen sich die Oppositionsparteien dazu veranlasst, einen neuen Resolutionsvorschlag einzubringen. Sie begründen das damit, dass es Elemente gebe, die eine erneute Stellungnahme des Parlaments notwendig machten.

Als sogenannte „neue Elemente“ führen sie eine Reihe von Argumenten ins Feld, die direkt nichts mit dem Kernproblem, also der unmittelbaren Sicherheit der umstrittenen Reaktorbehälter zu tun haben: da ist die Rede von

- Versorgungssicherheit,
- von der baldigen Fertigstellung von Starkstromtrassen und der damit verbundenen Möglichkeit von Stromimport aus Deutschland, ungeachtet der Herkunft, also auch von Kohlekraftwerken oder deutschen Atommeilern.
- Da ist ferner die Rede von den Gefahren eines Netzausfalls durch die starke Produktion von Solarenergie,
- von der Beschaffenheit des belgischen Starkstromnetzes,
- von der generellen Laufzeitverlängerung von Reaktoren allgemein,
- von einem verbindlichen Zeitplan für den Ausbau erneuerbarer Energien und
- den damit verbundenen Technologien und
- den Prinzipien der Nachhaltigkeit,
- von Investitionen für Energiesparmaßnahmen,
- von Katastrophenplänen und
- Reserven an Jodtabletten,

Das sind alles Themen, die an sich gut und richtig sind, aber allesamt Bereiche betreffen, in denen die DG keinerlei Befugnisse hat und daher das Kernproblem in den Hintergrund rücken.

Die durch unsere Resolution von 2013 legitimierten Bemühungen unserer Regierung haben gezeigt, dass unsere Sorgen in Brüssel Ernst genommen werden

Aber:

1. Zum Ersten kann nicht Ziel und Zweck einer sicherheitsrelevanten Resolution des PDG sein, der föderalen Regierung Ratschläge erteilen zu wollen, wie sie ihre gesamte Energiepolitik für ganz Belgien zu gestalten habe und ganz bestimmt nicht, wenn diese Forderungen und Ratschläge sich eins zu eins mit den energiepolitischen Vorstellungen der föderalen Oppositionsparteien decken. Abgesehen von dem Glaubwürdigkeitsproblem, das einige Mitautoren einer solchen Resolution bei ihrer Schwesterpartei hätten, hat die föderale Regierung von vorne herein deutlich durchblicken lassen, dass sie sich auf keinen Fall von der Deutschsprachigen Gemeinschaft ihre Energiepolitik vorschreiben lassen werde.
2. Zum Zweiten hätte die Verabschiedung des Ursprungstextes der Oppositionsparteien mit ziemlicher Sicherheit eine Verärgerung der Föderalregierung zur Folge, denn in diesem Text wird ja die Regierung der DG wörtlich dazu aufgefordert, gegen die Föderalregierung zu klagen. Was wäre denn das für ein Signal nach Brüssel gewesen? Zum Glück hat ein Teil der Autoren des Ursprungstextes irgendwann diesen Abschnitt zurückgezogen, was wir begrüßen, denn diese Forderung

hätte mit Sicherheit den Interessen der DG langfristig großen Schaden zugefügt.

Die Mehrheitsparteien haben sich dennoch intensiv mit dem Ursprungstext der Opposition auseinandergesetzt und nach reiflicher Überlegung einen Gegenvorschlag vorgelegt, der sowohl den Sicherheitsaspekt, der ja schon den Kern der Resolution von 2013 bildete als auch die jüngsten Entwicklungen auf euregionaler und europäischer Ebene mit einfließen ließ.

Wir betrachten diesen Gegenvorschlag als ausgewogen:

Erstens: Er trennt die energiepolitische von der sicherheitspolitischen Diskussion. Das war übrigens schon 2013 so: Auch damals haben wir die Formulierungen der Resolution äußerst sorgfältig gewählt und ausdrücklich keine energiepolitische Gesamtbewertung Belgiens vornehmen wollen. Wir sind auch jetzt noch der Meinung, dass die Konzentration auf das sicherheitspolitische Argument die einzig richtige Vorgehensweise ist und die Frage in den Raum wirft, welchen Mehrwert die Opposition darin sieht, beide Diskussionen zu vermischen.

Zweitens: Er hat die Forderungen der euregionalen EVP (Europäische Volkspartei) fast wortwörtlich übernommen und stellt damit eine deutliche Öffnung dar mit dem Ziel, zu einem Kompromiss zu gelangen. Was den Sicherheitsaspekt anbelangt, herrscht ja eigentlich jetzt genau wie 2013 weitgehend Übereinstimmung.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung der letzten Monate machen zwei Dinge deutlich:

- einerseits, dass die FANC von der föderalen Regierung als vertrauenswürdigen Expertengremium angesehen wird, nach deren Empfehlungen man sich dann auch logischerweise bei seinen

Entscheidungen richtet. Die Föderalregierung hat einem Wiederhochfahren zugestimmt und beruft sich dabei auf die Abschlussberichte der zweijährigen Untersuchungen der FANC

- Andererseits wird sichtbar, dass weite Teile der Öffentlichkeit dieses Vertrauen in die Expertise der FANC nicht teilen und erhebliche Zweifel an der Richtigkeit der darauf fußenden Entscheidung der Föderalregierung äußern, und das lautstark.

-

Wie kommt man aus solch einer Debatte heraus, bevor die übliche, ideologisch dominierte Schwarz-Weiß-Malerei wieder die Oberhand gewinnt und alles wieder in einem nicht enden wollenden unsachlichen Glaubenskrieg mündet?

Ganz einfach:

- indem man den Boden der Sachlichkeit NICHT verlässt
- und die immer noch vorhandenen Zweifel an der Sicherheit NICHT einfach abtut, sondern ERNST NIMMT.

In dieser Situation gibt es nur einen einzigen Weg, zu einer wirklichen fundierten Expertise zu kommen und gleichzeitig das Vertrauen in die eigene Atomaufsichtsbehörde wieder herzustellen, nämlich ALLE wirklich kompetenten Fachleute, auch und besonders diejenigen, die als besonders kritisch gelten, in die Erstellung der Expertisen einzubinden. Tut man das nicht, öffnet man Populisten Tür und Tor. Darum begrüßen wir die Zusage des zuständigen Innenministers Jan Jambon,

- internationale Experten in die AKWs zu lassen und internationale Feststellungen von ihnen herbeiführen zu wollen,
- ja, auch Experten, die nicht zu den offiziellen Atomaufsichtsbehörden zählen, deren Seriosität allerdings bestätigt sein muss,

Zugang zu den AKWs zu gewähren und ein kontradiktorisches Verfahren zu ermöglichen.

Für uns hat die Föderale Regierung durch diese Bereitschaft an Glaubwürdigkeit gewonnen, namentlich auch die Aussage des Innenministers Jan Jambon, dass im Falle einer negativen Beurteilung durch dieses internationalen Expertengremium die umstrittenen Reaktoren vom Netz genommen würden. Wir begrüßen ausdrücklich, dass es in erheblichem Maße den Bemühungen unseres Ministerpräsidenten, auch gleichzeitig Vorsitzender der Euregio Maas-Rhein, zu verdanken ist, dass es am 23. Februar dieses Jahres überhaupt zu der Anhörung im Innenministerium und zu den erwähnten Zusagen von Innenminister Jan Jambon gekommen ist. Dazu hat jedenfalls die Regierung in jedem Fall ihren Beitrag dazu geleistet.

Die Regierung der DG hat gehandelt, sie hat konsequent im Auftrag unserer Resolution von 2013 gehandelt, sie hat landesübergreifend gehandelt durch die Konzertierung auf Ebene der Euregio und sie hat DORT gehandelt, wo die Entscheidungen getroffen werden: bei der Föderalregierung,.

Bevor Sie mir als Fraktionsvorsitzenden von ProDG aber jetzt vorwerfen, ich würde den MP mit Blumen überhäufen, bitte ich Sie, genau hinzuschauen: Was erreicht worden ist, ist genau das, was die Städteregion Aachen auch fordert.

Ich zitiere aus dem, was einer der Motoren und Koordinatoren der landesübergreifenden Protestbewegung, seines Zeichens Vertreter der Städteregion Aachen, Helmut Etschenberg am 23. Februar veröffentlicht hat.

„In Sachen Tihange habe ich heute dem belgischen Innenminister Jambon sehr deutlich die Ängste der Menschen in unserer Region vermittelt. Ich habe ebenso deutlich gemacht, dass ich diese Sorgen sehr ernst nehme und alles in meinen Möglichkeiten tun werde, um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Mit Ministerpräsident Oliver Paasch, der sein Amt in innerbelgischen Verhandlungen in bemerkenswerter Weise einbringt, bin ich mir einig, dass wir auf unterschiedlichen Wegen zum gleichen Ziel kommen wollen: ein Höchstmaß an Sicherheit für die Menschen in der Dreiländerregion! Das ist gelebte grenzüberschreitende Zusammenarbeit! “

Meine Damen und Herren, bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch auf einen weiteren Aspekt des Themas hinweisen: Wir sind der Ansicht, dass das Problem auf die europäische Ebene gehoben werden muss. Radioaktive Strahlung kennt keine Landesgrenzen, und was für belgische Kernkraftwerke gilt, das muss auch für Atommeiler in anderen europäischen Ländern gelten. Das EU-Parlament als gesetzgebende Instanz muss in diesen Fragen viel stärker eingebunden werden. Die Ansicht, dass die Sicherheit der Kernkraftwerke eine vorrangige Aufgabe der europäischen Ebene sei, habe ich auch in der Debatte im Ausschuss vertreten. Mir wurde daraufhin vorgeworfen, Europäische Lösungen zu fordern sei ein Taktieren und dieses Taktieren habe zu der jetzigen Situation geführt. Aber meine Damen und Herren, wo anders – wenn nicht im EU-Parlament – können Lösungen für grenzüberschreitende Probleme angedacht und vorgezeichnet werden?

Internationale Sicherheit erfordert internationale Standards und internationale Zusammenarbeit. Was hat das mit Taktieren zu tun? Als Taktieren empfinde ich vielmehr die Vermischung des Sicherheitsaspektes der betroffenen Atommeiler von Tihange und Doel, wo akuter Handlungsbedarf besteht, mit einer globalen Energiepolitik, für die langfristige Konzepte und globale Entscheidungen nötig sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

für das erfolgreiche und pragmatische Handeln unserer Regierung in Sachen Tihange und Doel hat die Resolution des PDG von 2013 als Legitimation völlig ausgereicht.

Der neue Resolutionsvorschlag der Oppositionsfraktionen war und ist für uns als Ganzes nicht zielführend und in einigen Einzelaspekten schlicht und einfach nicht akzeptabel.

Trotzdem waren wir bereit, einen Gegenvorschlag einzureichen, der den parteiübergreifenden Konsens von 2013 zum Ausgangspunkt nimmt und ihn an die aktuelle Situation anpasst. Zudem haben wir ihn um die Positionen der euregionalen EVP-Vertreter erweitert. Und so betrachten wir diesen Text immer noch als gute Basis für ein Konsenspapier, mit dem wir unsere gemeinsamen Sorgen und Empfehlungen Brüssel gegenüber noch einmal wirksam bestärken können.

Wir müssen aber mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass die Oppositionsparteien unser Entgegenkommen nicht aufgreifen wollen – so war zumindest aus einer Pressemitteilung vom vergangenen Freitag zu entnehmen.

Ob das zum jetzigen Zeitpunkt das richtige Signal nach Brüssel ist, wagen wir zu bezweifeln.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Alfons Velz
ProDG-Fraktion